



Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss

Herr Müller

Telefon: (0221) 221-23717

Fax: (0221) 221-26686

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 17.07.2017

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 10.07.2017, 13:02 Uhr bis 13:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Jörg van Geffen	SPD
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE in Vertretung für Frau Thelen
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Claudia Klein	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov

Beratende Mitglieder

Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE
Herr Florian Braun	CDU
Herr Dr. Martin Schoser	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Viktor Heese	auf Vorschlag der AfD
Herr Jörg Kalitowitsch	KLuST e.V.
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Frau Claudia Heithorst	CDU
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Claudia Mewaldt	KLuST e.V.
----------------------	------------

Frau dos Santos Herrmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie verweist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung und den als Tischvorlage vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Sie regt an, die Abstimmung nach Fraktionsstärke durchzuführen. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 3 Marktwesen**
- 3.1 Standortentscheidung Frischezentrum
0728/2017

3.1.1 zu Top 3.1 - Standortentscheidung Frischezentrum
AN/1047/2017

3.2 Weitere Vorgehensweise zur Verlagerung des Kölner Großmarktes
2064/2017

4 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

3 Marktwesen

3.1 Standortentscheidung Frischezentrum 0728/2017

3.1.1 zu Top 3.1 - Standortentscheidung Frischezentrum AN/1047/2017

Dem Ausschuss liegen die in der Sitzung am 22.06.2017 als Tischvorlage verteilte Beschlussvorlage der Verwaltung und der gemeinsame Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor.

Herr Frank dankt der Verwaltung für die Mitteilung über die nächsten Schritte. Die darin enthaltenen Informationen sollten Bestandteil des Beschlusses werden. Dies sei die Begründung für den Änderungsantrag. Er hoffe auf eine breite Mehrheit für die Verwaltungsvorlage.

Herr Dr. Strahl signalisiert die Zustimmung der CDU- Fraktion. Durch eine Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Kölner Großmarkt e.V. bestehe die Chance, eine kostengünstige Lösung zu finden.

Herr van Geffen zeigt sich erfreut, dass es nunmehr eine Mehrheit für den Beschlussvorschlag der Verwaltung gebe. Die SPD-Fraktion werde auch dem Änderungsantrag zustimmen.

Frau Klein sagt, die FDP-Fraktion lehne den Standort Marsdorf weiterhin ab. Sie fragt, ob die Ermittlung des Instandhaltungsbedarfs parallel zu den Neuplanungen erfolgen werde und ob dazu wirklich ein externes Gutachten vergeben werden müsse.

Frau Beigeordnete Blome führt aus, dass die Frage des Instandhaltungsbedarfs parallel zu den Planungen für den neuen Standort geklärt werden müsse und verweist auf die Aussagen zum Gutachten und dessen Finanzierung in der Beschlussvorlage.

Herr Lindweiler führt aus, die Fraktion Die Linke unterstütze die Planungen für die Verlagerung nach Marsdorf und wünsche, dass nun ohne weitere Verzögerungen an der Umsetzung des Beschlusses gearbeitet werde. Er fragt zu dem in der Mitteilung enthaltenen Zeitplan, welche Ergebnisse die Politik zu dem angegebenen Zeitpunkt erwarten dürfe.

Frau Beigeordnete Blome bestätigt, dass die Verwaltung im vierten Quartal 2017 neben den Ergebnissen der gutachterlichen Prüfung zum Beihilferecht auch eine erste Empfehlung zur Frage der Betriebsform vorlegen werde. Zudem werden die Gespräche mit der Interessengemeinschaft fortgeführt, um den Raumbedarf am künftigen Standort besser einschätzen zu können.

Frau dos Santos Herrmann stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Beschlussvorlage 0728/2017 soll wie folgt ergänzend beschlossen werden:

- a. Die Beauftragung der Verwaltung zur Umsetzung der Ziffern II.1 und II.2 des Ratsbeschlusses vom 15.03.2016 wird ausdrücklich bekräftigt.
- b. Die Mitteilung 2064/2017 „Weitere Vorgehensweise zur Verlagerung des Kölner Großmarkts“ wird zur Kenntnis genommen und die Aussagen zu den Ziffern 4, 5 und 6 als ergänzender Arbeitsauftrag in die o. a. Beschlussvorlage aufgenommen.

Zu 4., 5. und 6.

Die Auswahl einer geeigneten Betriebsform und die wirtschaftliche Betrachtung eines neuen Frischezentrums hängen wesentlich von der Standortentscheidung ab. Ferner ist auch eine EU-beihilfenrechtliche Bewertung vorzunehmen.

Dazu beabsichtigt die Verwaltung, nunmehr kurzfristig auf der Grundlage der Arbeitshypothese Marsdorf gutachterlich überprüfen zu lassen, wie der Betrieb eines Frischezentrums nach europarechtlichen Vorgaben am besten und am wirtschaftlichsten dargestellt werden kann.

Das Gutachten soll – zusätzlich zu der EU-beihilfenrechtlichen Prüfung - eine erste Empfehlung zu möglichen Betriebsformen enthalten. Um eine tiefergehende Untersuchung der Betriebsformen handelt es sich allerdings noch nicht, aber ggf. können Betriebsformen schon ohne diese tiefergehende Prüfung ausgeschlossen werden.

Die Frage des Betreibermodells setzt auf Ergebnissen der beihilferechtlichen Prüfung auf und wäre im Anschluss zu beauftragen.

Die Verwaltung geht davon aus, dem Rat im 4. Quartal 2017 die Ergebnisse der gutachterlichen Prüfung zum Beihilfenrecht vorlegen zu können.

- c. Die Vorschläge der IG Kölner Großmarkt e. V. zur zukünftigen Betriebsform und zur Überprüfung des tatsächlichen Flächenbedarfs aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen, sind in den weiteren Prozess einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimme der FDP-Fraktion mehrheitlich beschlossen

Frau dos Santos Herrmann lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des mit gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (AN/1047/2017) ergänzten Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die in Anlage 1 dargestellten Ergebnisse der vertiefenden Prüfung zu den regionalen Standortoptionen für ein Frischezentrum zur Kenntnis und beschließt:

1. den Standort "Am Kalscheurer Hof" in Hürth nicht weiterzuverfolgen und auf die Erstellung eines Störfallgutachtens zur Ermittlung eines angemessenen Abstandes für ein Frischezentrum auf der städtischen Fläche „Am Kalscheurer Hof“ zu verzichten.

2. eine weitere Konkretisierung von Planungen für den Standort "Am Brühler Heckelchen" in Brühl nicht vorzunehmen.
3. in Folge seiner Beschlüsse aus 2007, den Großmarkt von Raderberg nach Marsdorf zu verlagern. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für Marsdorf fortzusetzen mit dem Ziel, dass bis spätestens 2020 das erforderliche Planungs- und Baurecht für die Erstellung des Frischezentrums geschaffen wird.
4. Der Rat stellt den Bedarf für die Vergabe eines Gutachtens zur Ermittlung des notwendigen Instandhaltungsbedarfes fest, die für einen ordnungsgemäßen Betrieb des derzeitigen Großmarktes über 2020 hinaus erforderlich sind. Die erste Kostenschätzung für die Erstellung des Gutachtens beläuft sich auf ca. 80.000 € netto (ca. 100.000 € inkl. Mehrwertsteuer). Die erforderlichen Mittel stehen im Hpl. 2016/ 2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 0203 -Märkte- in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - zur Verfügung.
5. **Die Beauftragung der Verwaltung zur Umsetzung der Ziffern II.1 und II.2 des Ratsbeschlusses vom 15.03.2016 wird ausdrücklich bekräftigt.**
6. **Die Mitteilung 2064/2017 „Weitere Vorgehensweise zur Verlagerung des Kölner Großmarkts“ wird zur Kenntnis genommen und die Aussagen zu den Ziffern 4, 5 und 6 als ergänzender Arbeitsauftrag in die o. a. Beschlussvorlage aufgenommen.**

Zu 4., 5. und 6.

Die Auswahl einer geeigneten Betriebsform und die wirtschaftliche Betrachtung eines neuen Frischezentrums hängen wesentlich von der Standortentscheidung ab. Ferner ist auch eine EU-beihilfenrechtliche Bewertung vorzunehmen.

Dazu beabsichtigt die Verwaltung, nunmehr kurzfristig auf der Grundlage der Arbeitshypothese Marsdorf gutachterlich überprüfen zu lassen, wie der Betrieb eines Frischezentrums nach europarechtlichen Vorgaben am besten und am wirtschaftlichsten dargestellt werden kann.

Das Gutachten soll – zusätzlich zu der EU-beihilfenrechtlichen Prüfung - eine erste Empfehlung zu möglichen Betriebsformen enthalten. Um eine tiefergehende Untersuchung der Betriebsformen handelt es sich allerdings noch nicht, aber ggf. können Betriebsformen schon ohne diese tiefergehende Prüfung ausgeschlossen werden.

Die Frage des Betreibermodells setzt auf Ergebnissen der beihilferechtlichen Prüfung auf und wäre im Anschluss zu beauftragen.

Die Verwaltung geht davon aus, dem Rat im 4. Quartal 2017 die Ergebnisse der gutachterlichen Prüfung zum Beihilfenrecht vorlegen zu können.

7. **Die Vorschläge der IG Kölner Großmarkt e. V. zur zukünftigen Betriebsform und zur Überprüfung des tatsächlichen Flächenbedarfs aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen, sind in den weiteren Prozess einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimme der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt

**3.2 Weitere Vorgehensweise zur Verlagerung des Kölner Großmarktes
2064/2017**

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage verteilte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

7 Mündliche Anfragen

Gez. dos Santos Herrmann

Ausschussvorsitzende

Gez. Müller

Schriftführer